

Sichere
Sozialwerke.

Sichere
Arbeitsplätze.

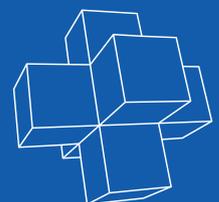
Sicher leben.

Positionspapier

→ Volkswirtschaft
und Inneres

www.fdp-ag.ch

FDP
Wir Liberalen.



Unsere Positionen

Volkswirtschaft und Inneres

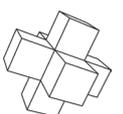
- > **Wir wollen, dass sich unsere Bevölkerung sicher fühlt.**
- > **Wir wollen sichere, zukunftsträchtige und interessante Arbeitsplätze im Aargau.**
- > **Wir wollen eine Kantonsverwaltung, die zum Nutzen des Bürgers arbeitet.**
- > **Wir wollen Gemeinden und Bezirke, welche die Anforderungen der Bürger effizient und effektiv erfüllen.**
- > **Wir wollen Strukturen für Gemeinden und Bezirke, die sich an der Gegenwart orientieren und die Leistungsfähigkeit steigern.**
- > **Wir wollen ein einfaches Steuersystem und durch tiefere Steuern mehr Geld für die Bürgerin und den Bürger.**



Inneres und Justiz

Unsere Hauptanliegen

- > **Im Aargau wohnen, heisst sich sicher fühlen!**
- > **Alle sollen jederzeit und auch ohne Angst auf die Strasse gehen können. Die FDP Aargau will, dass Verbrechen konsequent verfolgt werden. Lieber weniger Verkehrspolizei, dafür mehr Kriminalpolizei!**
- > **Die Gewaltanwendung und andere Verbrechen müssen – selbstverständlich im Rahmen des Gesetzes – hart bestraft werden. Nur so werden Nachahmer abgeschreckt und die Anzahl Wiederholungstäter verringert!**
- > **Gewaltbereite Jugendliche sollen konsequent bestraft werden, wenn Prävention nicht greift müssen die Täter die Repression spüren.**
- > **Qualitativ hochstehende, schnellere und effizientere Justiz.**
- > **Die gerichtliche Streitschlichtung gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Eine funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft sind auf eine qualitativ hochstehende Justiz angewiesen. Die Verfahren dauern aber in nicht wenigen Fällen zu lange, und dem missbräuchlichen Ergreifen von Rechtsmitteln muss vermehrt der Riegel geschoben werden. Im Strafrecht soll endlich das Opfer vor dem Täter geschützt werden.**



Ziele und Massnahmen im Einzelnen

1. Attraktiverer Wirtschaftsstandort – mehr Arbeitsplätze

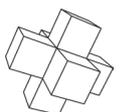
(vgl. Positionspapier Finanzen und Wirtschaft)

Ziele:

- > Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandortes Aargau.
- > Rahmenbedingungen, welche den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen erleichtern.
- > Steuergünstigster Kanton unter den grossen Kantonen.

Massnahmen:

- > Promotion des Wirtschaftsstandortes Aargau und Einrichtung einer kompetenten, mit interdepartementalen Zugangsmöglichkeiten ausgestatteten Anlaufstelle für ansässige Unternehmer und neue Investoren (One-stop-shop).
- > Massvolle, gezielte Steuerentlastungen für juristische und natürliche Personen.
- > Raschere Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren durch Verkürzung der Instanzenzüge, verschärfte Anforderungen an die Geltendmachung von Rechtsmitteln, Konkretisierung und Straffung des aargauischen Verbandsbeschwerderechts.
- > Administrative Vereinfachungen für Kleinbetriebe (z.B. Steuerdeklarationen).
- > Zweckmässige Richt- und Nutzungspläne, welche den Gemeinden grösstmöglichen Spielraum gewähren.
- > Gewährleistung der Versorgungssicherheit (Service public) der aargauischen Wirtschaft mit allen Energieträgern zu günstigen Preisen (Liberalisierung).
- > Deregulierung und Liberalisierung.
- > Verzicht auf Strukturhaltung und direkte Wirtschaftsförderung.
- > Wirtschaftsnahes und bedarfsgerechtes Ausbildungsangebot und entsprechende Wiedereingliederung der Arbeitslosen.



2. Konzentration auf Kernaufgaben/ Privatisierung

Ziele:

- > Beschränkung staatlichen Handelns auf Kernaufgaben.
- > Durchsetzung der Regeln des Corporate Governance bei der im Eigentum des Kantons stehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten und Unternehmen.
- > Ausdehnung der Privatisierungsdiskussion auf weitere Dienstleistungsbereiche des Staates.

Massnahmen:

- > Kritische Beurteilung der Staatsaufgaben auch im Rahmen eines umfassenden Aufgabenüberprüfungskonzeptes (Alüp).
- > Umwandlung der Aargauischen Kantonalbank in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft und der Schaffung einer Volksaktie.
- > Privatisierung staatsfernerer Verwaltungszweige (z.B. Informatikdienste, Statistisches Amt, Motorfahrzeugkontrolle, Strassenunterhalt, Hoch- und Tiefbauamtsbereiche, Liegenschaftsverwaltung, Reinigung, Wäschereien, etc.).

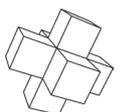
3. Starke Gemeinden als Partner des Kantons

Ziele:

- > Stärkung der Gemeindeautonomie.
- > Vermehrte Ausschöpfung von Rationalisierungspotentialen durch interkommunale Zusammenarbeit bis hin zu Fusionen.
- > Mittelfristig drängt sich zur Effizienzsteigerung eine Gebietsreform auf.

Massnahmen:

- > Gesetzgebung, z.B. Anpassung des Finanzausgleichs durch Wegfall des Grundbeitrags.
- > Förderung interkommunaler Zusammenarbeit und von Gemeindezusammenschlüssen.



4. Weniger Missbräuche im Asylwesen

Ziel:

- > Missbrauchsbekämpfung intensivieren.

Massnahmen:

- > Konsequente Durchsetzung des Asylgesetzes in allen Bereichen (inklusive Ausschaffungen).
- > Rasche Verfahren.
- > Offen bleiben für politisch, religiös und rassistisch tatsächlich Verfolgte; rassistische Tendenzen und Auswüchse bekämpfen.

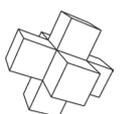
5. Stärkerer Schutz vor Kriminalität

Ziele:

- > Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum gewährleisten. In enger Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen die Bekämpfung organisierter Kriminalität intensivieren.
- > Anerkennung und Einbezug der Eigenleistungen der Gemeinden im Bereich Polizeiwesen.
- > Klare Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

Massnahmen:

- > Optimierung technischer und personeller Mittel der Strafverfolgungsorgane.
- > Stärkere internationale Zusammenarbeit der Polizeiarbeit.



6. Justiz – Einsatz für eine schnellere Rechtssprechung

Ziel:

-> Leistungsfähige, qualitativ hochstehende Justiz.

Massnahmen:

-> Verkürzung der Rechtsmittelwege auf je eine Instanz in Kanton und Bund.

-> Erhaltung der Qualität der Rechtsprechung.

-> Sicherstellung rascher Entscheidfindung.

-> Überprüfung der Verfahrenskosten und Tarife; Abschaffung der Unentgeltlichkeit (z.B. in Einspracheverfahren) und Verstärkung des Äquivalenzprinzips in ausgewählten Rechtsbereichen.

-> Schaffung von letztinstanzlichen Rekursgerichten im Sozialversicherungswesen und im Bereich administrativer Massnahmen (FFE, SVG).

-> Straffung des aargauischen Verbandsbeschwerderechts.

-> Verkleinerung der Spruchkörper in geeigneten Bereichen.

-> Schaffung einer gesamtschweizerischen ZPO und einer einheitlichen StPO.

